stücke, die in den Gebieten des andern Teiles liegen und einem der in Artikel I genannten Zwecke dienen, sollen nicht angetastet werden. In solchen Gebäuden und Räumlichkeiten und auf solchen Grundstücken Haussuchungen oder Durchsuchungen vorzunehmen oder Bücher, Schriftstücke oder Aufstellungen einer Prüfung und Einsicht zu unterwerfen, ist nur zulässig unter den Voraussetzungen und unter Beobachtung der Formen, die von den Gesetzen, Verordnungen und Bestimmungen für die eigenen Staatsangehörigen vorgeschrieben sind.

of the High Contracting Parties in the territories of the other used for any purposes set forth in Article I, shall be respected. It shall not be allowable to make a domiciliary visit to, or search of any such buildings and premises, or there to examine or inspect books, papers or accounts, except under the conditions and in conformity with the forms prescribed by the laws, ordinances and regulations for nationals.

Artikel IV.

Wenn eine Person bei ihrem Tode innerhalb der Gebiete des einen Vertragsteiles Grund- oder sonstiges unbewegliches Vermögen oder Rechte daran hinterläßt und dieses Vermögen oder diese Rechte nach den am Orte geltenden Gesetzen oder infolge letztwilliger Verfügung an sich auf einen Staatsangehörigen des andern Vertragsteiles — mag er in dessen Gebiet wohnen oder nicht — übergehen oder vererbt werden würden, dieser jedoch nach den Gesetzen des Landes, in dem das Vermögen oder die Rechte daran sich befinden, hiervon ausgeschlossen ist, so soll diesem Staatsangehörigen eine Frist von drei Jahren, die, wenn nötig, angemessen verlängert werden kann, bewilligt werden, um dieses Vermögen oder diese Rechte zu veräußern und den Erlös aus der Veräußerung frei und ungehindert an sich zu ziehen; er soll dabei keinen anderen Erbschafts-, Nachlaßgerichts- oder Verwaltungsabgaben oder Lasten unterworfen werden, als in gleichen Fällen den Staatsangehörigen des Landes auferlegt werden, aus dem dieser Erlös gezogen wird.

Staatsangehörige eines Vertragsteiles sind berechtigt, über ihr innerhalb der Gebiete des andern Teiles befindliches bewegliches Vermögen jeder Art letztwillig, durch Schenkung oder auf andere Weise zu verfügen. Die Erben, Vermächtnisnehmer und Schenkungsempfänger erwerben solches bewegliche Vermögen und dürfen daran selbst oder durch Stellvertreter Besitz ergreifen, es behalten oder nach Belieben darüber verfügen ohne Rücksicht darauf, welcher Staatsangehörigkeit sie sind und ob sie im Lande wohnen oder nicht. Sie haben nur solche Abgaben oder Lasten zu entrichten, wie die Staatsangehörigen des Vertragsteiles, in dessen Gebiet dieses Vermögen sich befindet oder zu dem es gehört, im gleichen Falle zu zahlen verpflichtet sind.

Article IV.

Where, on the death of any person holding real or other immovable property or interests therein within the territories of one High Contracting Party, such property or interests therein would, by the laws of the country or by a testamentary disposition, descend or pass to a national of the other High Contracting Party, whether resident or non-resident, were he not disqualified by the laws of the country where such property or interests therein is or are situated, such national shall be allowed a term of three years in which to sell the same, this term to be reasonably prolonged if circumstances render it necessary, and withdraw the proceeds thereof, without restraint or interference, and exempt from any succession, probate or administrative duties or charges other than those which may be imposed in like cases upon the nationals of the country from which such proceeds may be drawn.

Nationals of either High Contracting Party may have full power to dispose of their personal property of every kind within the territories of the other, by testament, donation, or otherwise, and their heirs, legatees and donees of whatsoever nationality, whether resident or non-resident, shall succeed to such personal property, and may take possession thereof, either by themselves or by others acting for them, and retain or dispose of the same at their pleasure subject to the payment of such duties or charges only as the nationals of the High Contracting Party within whose territories such property may be or belong shall be liable to pay in like cases.

Artikel V.

Die Staatsangehörigen eines Vertragsteiles dürfen bei der oben vorgesehenen Ausübung des Rechts der freien Religionsübung innerhalb der Gebiete des andern Teiles, ohne Störung oder Belästigung irgendwelcher Art wegen ihres Glaubens oder aus anderen Gründen, entweder in ihren eigenen Häusern oder in anderen geeigneten Gebäuden, soweit deren Erbauung und Erhaltung in passender Lage ihnen freisteht, Gottesdienst abhalten, vorausgesetzt daß ihre Lehren und Gebräuche der öffentlichen Moral nicht zuwider sind; auch ist es ihnen gestattet, ihre Toten nach ihren religiösen Gebräuchen an geeigneten und passenden, für den Zweck eingerichteten und unterhaltenen Plätzen zu bestatten, wenn sie die angemessenen Bestattungsvorschriften und gesundheitspolizeilichen Verordnungen des Bestattungsortes beachten.

Article V.

The nationals of each of the High Contracting Parties in the exercise of the right of freedom of worship, within the territories of the other, as hereinabove provided, may, without annoyance or molestation of any kind by reason of their religions belief or otherwise, conduct services either within their own houses or within any appropriate buildings which they may be at liberty to erect and maintain in convenient situations, provided their teachings or practices are not contrary to public moral; and they may also be permitted to bury their dead according to their religious customs in suitable and convenient places established and maintained for the purpose, subject to the reasonable mortuary and sanitary laws and regulations of the place of burial.

Artikel VI.

Im Falle eines Krieges zwischen einem Vertragsteil und einem dritten Staate ist dieser Teil berechtigt, Staatsangehörige des anderen Teiles, die ihren ständigen Wohnsitz innerhalb seiner Gebiete haben und förmlich nach dem Gesetz des Landes ihre Absicht erklärt haben, seine Staatsangehörigkeit durch Naturalisation zu erwerben, zum Heeresdienst zwangsweise einzuziehen, es sei denn, daß diese Personen innerhalb sechzig Tagen nach der Kriegserklärung das Gebiet des kriegführenden Teiles verlassen.

Artikel VII.

Zwischen den Gebieten der Vertragsteile soll Freiheit des Handels und der Schiffahrt bestehen. Die Staatsangehörigen eines Vertragsteils sollen unter Gleichstellung mit denen der meistbegünstigten Nation die Freiheit genießen, frei mit ihren Schiffen und Ladungen alle Plätze, Häfen und Gewässer jeder Art innerhalb der Gebietsgrenzen des anderen Teiles zu besuchen, die jetzt oder künftig dem fremden Handel und der fremden Schiffahrt geöffnet sind. Nichts in diesem Vertrage soll so ausgelegt werden, als ob es das Recht des einen oder des anderen Vertragsteils beschränke, unter ihm angemessen dünkenden Bedingungen Verbote oder Beschränkungen sanitärer Art, die das Leben von Menschen, Tieren oder Pflanzen zu schützen bestimmt sind, oder Verordnungen zur Durchführung von Polizei- oder Steuergesetzen zu erlassen.

Jeder Vertragsteil verpflichtet sich bedingungslos, der Einfuhr irgendwelcher Ware, die in den Gebieten des anderen Teiles gewachsen, erzeugt oder hergestellt ist, keine höheren oder anderen Abgaben oder Bedingungen aufzuerlegen und gegen diese Ware keine anderen Einfuhrverbote zu erlassen, als für die Einfuhr derselben Ware bestehen oder bestehen werden, wenn sie in irgendeinem anderen Lande gewachsen, erzeugt oder hergestellt ist.

Jeder Vertragsteil verpflichtet sich ebenfalls bedingungslos, Waren, die nach den Gebieten des anderen Teiles ausgeführt werden, keinen höheren oder anderen Abgaben und keinen anderen Beschränkungen oder Verboten zu unterwerfen als denjenigen, welchen die nach irgendeinem anderen fremden Lande ausgeführten Waren unterliegen.

Jeder Vorteil, gleichgültig welcher Art, den der eine Vertragsteil künftig irgendeiner in irgendeinem anderen fremden Lande gewachsenen, erzeugten oder hergestellten Ware gewährt, soll gleichzeitig und bedingungslos ohne Antrag und ohne Gegenleistung auf dieselbe Ware ausgedehnt werden, wenn sie in den Gebieten des anderen Vertragsteiles gewachsen, erzeugt oder hergestellt ist.

Alle Waren, welche aus fremden Ländern auf Schiffen der Vereinigten Staaten in Häfen der Vereinigten Staaten jetzt oder künftig rechtmäßig eingeführt werden dürfen, können in diese Häfen gleicherweise auf deutschen Schiffen eingeführt werden, ohne daß sie anderen oder höheren Abgaben oder Lasten irgendeiner Art unterworfen sind, als wenn solche Waren auf Schiffen der Vereinigten Staaten eingeführt würden; umgekehrt können alle Waren, die auf deutschen Schiffen aus fremden Ländern nach deutschen Häfen jetzt oder künftig rechtmäßig eingeführt werden dürfen, gleicherweise auf Schiffen der Vereinigten Staaten in diese Häfen eingeführt werden, ohne daß sie anderen oder höheren Abgaben oder Lasten irgendeiner Art unterworfen sind, als wenn solche Waren auf deutschen Schiffen aus fremden Ländern eingeführt würden.

Article VI.

In the event of war between either High Contracting Party and a third State, such Party may draft for compulsory military service nationals of the other having a permanent residence within its territories and who have formally, according to its laws, declared an intention to adopt its nationality by naturalisation, unless such individuals depart from the territories of said belligerent Party within sixty days after a declaration of war.

Article VII.

Between the territories of the High Contracting Parties there shall be freedom of commerce and navigation. The nationals of each of the High Contracting Parties equally with those of the most favored nation, shall have liberty freely to come with their vessels and cargoes to all places, ports and waters of every kind within the territorial limits of the other which are or may be open to foreign commerce and navigation. Nothing in this treaty shall be construed to restrict the right of either High Contracting Party to impose, on such terms as it may see fit, prohibitions or restrictions of a sanitary character designed to protect human, animal or plant life, or regulations for the enforcement of police or revenue laws.

Each of the High Contracting Parties binds itself unconditionally to impose no higher or other duties or conditions and no prohibition on the importation of any article, the growth, produce or manufacture of the territories of the other than are or shall be imposed on the importation of any like article, the growth, produce or manufacture of any other foreign country.

Each of the High Contracting Parties also binds itself unconditionally to impose no higher or other charges or other restrictions or prohibitions on goods exported to the territories of the other High Contracting Party than are imposed on goods exported to any other foreign country.

Any advantage of whatsoever kind which either High Contracting Party may extend to any article, the growth, produce, or manufacture of any other foreign country shall simultaneously and unconditionally, without request and without compensation, be extended to the like article the growth, produce or manufacture of the other High Contracting Party.

All the articles which are or may be legally imported from foreign countries into ports of the United States, in United States vessels, may likewise be imported into those ports in German vessels, without being liable to any other or higher duties or charges whatsoever than if such articles were imported in United States vessels; and, reciprocally, all articles which are or may be legally imported from foreign countries into the ports of Germany, in German vessels, may likewise be imported into these ports in United States vessels without being liable to any other or higher duties or charges whatsoever than if such were imported from foreign countries in German vessels.

Hinsichtlich der Höhe und der Erhebung von Abgaben auf Ein- und Ausfuhr jeder Art verpflichtet sich jeder Vertragsteil, den Staatsangehörigen, Schiffen und Gütern des anderen Teiles alle Vergünstigungen, Vorrechte und Befreiungen zu gewähren, die er den Staatsangehörigen, Schiffen und Gütern eines dritten Staates bewilligt, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob dem begünstigten Staate eine solche Behandlung ohne Gegenleistung bewilligt wird oder als Gegenleistung für eine entsprechende Behandlung. Alle solche Vorrechte, Vergünstigungen und Befreiungen, die künftig den Staatsangehörigen, Schiffen und Gütern eines dritten Staates bewilligt werden, sollen gleichzeitig und bedingungslos ohne Antrag und ohne Gegenleistung auf den anderen Vertragsteil zu seinen Gunsten und zugunsten seiner Staatsangehörigen und Schiffe ausgedehnt werden.

Die Bestimmungen dieses Artikels gelten für die Ein- und Ausfuhr von Gütern nach und aus allen Gebietsteilen innerhalb der deutschen Zollgrenzen. Sie erstrecken sich jedoch nicht auf die Behandlung, die jeder Vertragsteil dem reinen Grenzverkehr innerhalb einer Zone von höchstens fünfzehn Kilometern (zehn Meilen) Ausdehnung zu beiden Seiten seiner Zollgrenzen gewährt, noch auf die Behandlung, welche seitens der Vereinigten Staaten dem Handel mit Cuba auf Grund des am 11. Dezember 1902 zwischen den Vereinigten Staaten und Cuba abgeschlossenen Handelsabkommens oder irgendeines anderen Handelsabkommens gewährt wird, das künftig zwischen den Vereinigten Staaten und Cuba etwa abgeschlossen wird, und auch nicht auf den Handel der Vereinigten Staaten mit irgendeinem seiner Schutzgebiete und der Panamakanalzone unter gegenwärtigen oder zukünftigen Gesetzen.

Artikel VIII.

Die Staatsangehörigen und die Waren eines Vertragsteils sollen innerhalb der Gebiete des anderen hinsichtlich der inneren Abgaben, der Durchgangszölle, der Gebühren für Lagerung und Benutzung anderer Hilfsmittel sowie hinsichtlich der Höhe von Rückerstattungen und Vergütungen dieselbe Behandlung erfahren wie Staatsangehörige und Waren des eigenen Landes.

Artikel IX.

Tonnen-, Hafen-, Lotsen-, Leuchtfeuer-, Quarantänegelder oder ähnliche oder entsprechende Gefälle oder Abgaben irgendwelcher Benennung, die im Namen oder für Rechnung der Regierung, öffentlicher Beamter und Angestellter, Privater, Körperschaften oder Institute irgendwelcher Art erhoben werden, sollen in den Häfen der Gebiete eines der beiden Länder den Schiffen des anderen nicht auferlegt werden, wenn sie nicht gleicherweise unter denselben Bedingungen von einheimischen Schiffen erhoben werden. Diese Gleichheit in der Behandlung soll wechselseitig auf die Schiffe beider Länder Anwendung finden, woher sie auch kommen und wohin sie auch bestimmt sind.

Artikel X.

Handelsschiffe und andere Schiffe in Privateigentum, unter der Flagge eines Vertragsteils und zum Ausweis ihrer Nationalität versehen mit den von ihren Landesgesetzen vorgeschriebenen Papieren, sollen sowohl innerhalb der Hoheitsgewässer des anderen Vertrags-

With respect to the amount and collection of duties on imports and exports of every kind, each of the two High Contracting Parties binds itself to give to the nationals, vessels and goods of the other the advantage of every favor, privilege or immunity which it shall have accorded to the nationals, vessels and goods of a third State, and regardless of whether such favored State shall have been accorded such treatment gratuitously or in return for reciprocal compensatory treatment. Every such favor, privilege or immunity which shall hereafter be granted the nationals, vessels or goods of a third State shall simultaneously and unconditionally, without request and without compensation, be extended to the other High Contracting Party, for the benefit of itself, its nationals and vessels.

The stipulations of this Article shall apply to the importation of goods into and the exportation of goods from all areas within the German customs lines, but shall not extend to the treatment which either Contracting Party shall accord to purely border traffic within a zone not exceeding ten miles (15 kilometers) wide on either side of its customs frontier, or to the treatment which is accorded by the United States to the commerce of Cuba under the provisions of the Commercial Convention concluded by the United States and Cuba on December 11, 1902, or any other commercial convention which hereafter may be concluded by the United States with Cuba, or to the commerce of the United States with any of its dependencies and the Panama Canal Zone under existing or future laws.

Article VIII.

The nationals and merchandise of each High Contracting Party within the territories of the other shall receive the same treatment as nationals and merchandise of the country with regard to internal taxes, transit duties, charges in respect to warehousing and other facilities and the amount of drawbacks and bounties.

Article IX.

No duties of tonnage, harbor, pilotage, lighthouse, quarantine, or other similar or corresponding duties or charges of whatever denomination, levied in the name or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, corporations or establishments of any kind shall be imposed in the ports of the territories of either country upon the vessels of the other, which shall not equally, under the same conditions, be imposed on national vessels. Such equality of treatment shall apply reciprocally to the vessels of the two countries respectively from whatever place they may arrive and whatever may be their place of destination.

Article X.

Merchant vessels and other privately owned vessels under the flag of either of the High Contracting Parties, and carrying the papers required by its national laws in proof of nationality shall, both within the territorial waters of the other

teils als auch auf hoher See als Schiffe desjenigen Teiles gelten, dessen Flagge sie führen.

Artikel XI.

Handelsschiffe und andere Schiffe in Privateigentum unter der Flagge eines Vertragsteils dürfen Teile ihrer Ladung in jedem Hafen löschen, der dem fremden Handel in den Gebieten des anderen Teiles offen steht, und mit dem verbleibenden Teile dieser Ladung nach jedem anderen dem fremden Handel offen stehenden Hafen desselben Gebietes fahren, ohne in solchen Fällen andere oder höhere Tonnengelder oder Hafenabgaben zu zahlen, als unter gleichen Umständen von einheimischen Schiffen gezahlt werden; sie dürfen in gleicher Weise in verschiedenen Häfen auf derselben Ausreise laden, jedoch unter dem Vorbehalt, daß der Küstenhandel der Vereinigten Staaten von den Bestimmungen dieses Artikels und von den anderen Bestimmungen dieses Vertrages ausgenommen ist und sich nach den darauf bezüglichen Gesetzen der Vereinigten Staaten regelt. Es wird jedoch vereinbart, daß die Staatsangehörigen eines Vertragsteils innerhalb der Gebiete des anderen im Küstenhandel die Behandlung der meistbegünstigten Nation genießen sollen.

Artikel XII.

Juristische Personen des Privatrechts mit oder ohne Haftungseinschränkung, mögen sie Erwerbszwecken dienen oder nicht, welche gemäß und unter dem Reichs-, Landes- oder Kommunalrecht eines Vertragsteils gegründet worden sind oder künftig gegründet werden und welche innerhalb seiner Gebiete eine Hauptniederlassung haben, sollen als juristische Personen durch den anderen Vertragsteil anerkannt werden, vorausgesetzt, daß sie innerhalb seiner Gebiete keine seinen Gesetzen widersprechenden Zwecke verfolgen. Sie sollen sowohl zur Verfolgung als zur Verteidigung ihrer Rechte in allen gesetzlich vorgesehenen Instanzen gemäß den auf den Fall anwendbaren Gesetzen freien Zutritt zu den Gerichten haben.

Das Recht so anerkannter juristischer Personen eines Vertragsteils, sich in den Gebieten des anderen niederzulassen, Zweigniederlassungen zu errichten und ihre Tätigkeit dort auszuüben, soll von der Zustimmung dieses Teiles, wie sie in dessen Reichs-, Landes- und Kommunalgesetzen zum Ausdruck kommt, abhängen und sich allein nach ihr regeln.

Artikel XIII.

Die Staatsangehörigen eines Vertragsteils sollen innerhalb der Gebiete des anderen wechselseitig und unter den dort geltenden Bedingungen solche Rechte und Vergünstigungen genießen, wie sie jetzt oder künftig den Staatsangehörigen irgendeines anderen Staates hinsichtlich der Gründung von und Beteiligung an juristischen Personen des Privatrechts mit oder ohne Haftungseinschränkung, mögen sie Erwerbszwecken dienen oder nicht, gewährt werden, einschließlich des Rechts, Geschäftsanteile unterzubringen, zu kaufen, als Eigentum zu besitzen und zu verkaufen und in leitender Stellung oder als Angestellte die Geschäfte solcher juristischen Personen zu führen. In der Ausübung dieser Rechte und hinsichtlich der Regelung des Ver-

High Contracting Party and on the high seas, be deemed to be the vessels of the Party whose flag is flown.

Article XI.

Merchant vessels and other privately owned vessels under the flag of either of the High Contracting Parties shall be permitted to discharge portions of cargoes at any port open to foreign commerce in the territories of the other High Contracting Party, and to proceed with the remaining portions of such cargoes to any other ports of the same territories open to foreign commerce, without paying other or higher tonnage dues or port charges in such cases than would be paid by national vessels in like circumstances, and they shall be permitted to load in like manner at different ports in the same voyage outward, provided, however, that the coasting trade of the United States is exempt from the provisions of this Article and from the other provisions of this Treaty, and is to be regulated according to the laws of the United States in relation thereto. It is agreed, however, that the nationals of either High Contracting Party shall within the territories of the other enjoy with respect to the coasting trade the most favored nation treatment.

Article XII.

Limited liability and other corporations and associations, whether or not for pecuniary profit, which have been or may hereafter be organized in accordance with and under the laws, National, State or Provincial, of either High Contracting Party and maintain a central office within the territories thereof, shall have their juridical status recognized by the other High Contracting Party provided that they pursue no aims within its territories contrary to its laws. They shall enjoy free access to the courts of law and equity, on conforming to the laws regulating the matter, as well for the prosecution as for the defense of rights in all the degrees of jurisdiction established by law.

The right of such corporations and associations of either High Contracting Party so recognized by the other to establish themselves within its territories, establish branch offices and fulfill their functions therein shall depend upon, and be governed solely by, the consent of such Party as expressed in its National, State or Provincial laws.

Article XIII.

The nationals of either High Contracting Party shall enjoy within the territories of the other, reciprocally and upon compliance with the conditions there imposed, such rights and privileges as have been or may hereafter be accorded the nationals of any other State with respect to the organization of and participation in limited liability and other corporations and associations, for pecuniary profit or otherwise, including the rights of promotion, incorporation, purchase and ownership and sale of shares and the holding of executive or official positions therein. In the exercise of the foregoing rights and with respect to the regulation or procedure concerning the organization or conduct of

fahrens bei der Gründung und Geschäftsgebarung solcher juristischen Personen sollen diese Staatsangehörigen keinen Bedingungen unterworfen werden, die weniger günstig sind, als die den Staatsangehörigen der meistbegünstigten Nation jetzt oder künftig auferlegten. Wenn Staatsangehörige eines Vertragsteils solche juristischen Personen im Gebiet des anderen gründen, kontrollieren oder an ihnen beteiligt sind, so richtet sich deren Berechtigung zur Ausübung irgendwelcher geschäftlicher Tätigkeit alldort nach den Reichs-, Landes- oder Kommunalgesetzen und -Verordnungen, die innerhalb der Gebiete des Teils, in dem sie ihre Geschäftstätigkeit ausüben wollen, jetzt gelten oder künftig erlassen werden. Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht für die Gründung politischer Vereinigungen und für die Beteiligung an solchen.

Die Staatsangehörigen eines Vertragsteils sollen außerdem innerhalb der Gebiete des anderen wechselseitig und unter den dort geltenden Bedingungen die Rechte und Vergünstigungen genießen, die jetzt oder künftig den Staatsangehörigen irgendeines anderen Staates hinsichtlich der bergbaulichen Gewinnung von Kohle, Phosphat, Erdöl, Ölschiefer, Gas und Steinsalz auf den öffentlichen Ländereien des anderen Teils gewährt werden.

Artikel XIV.

a) Fabrikanten, Kaufleute und Gewerbetreibende, die ihren Wohnsitz im Bereich der Rechtshoheit eines Vertragsteils haben, sind berechtigt, persönlich oder durch Vertreter und Angestellte innerhalb des Bereichs der Rechtshoheit des anderen sich als Handelsreisende zu betätigen, wenn sie von letzterem einen Erlaubnisschein lösen, der gegen Zahlung einer einzigen Gebühr in dessen ganzem Rechtshoheitsgebiet Geltung haben soll.

Für den Fall, daß ein Vertragsteil in einen Krieg verwickelt wird, behält er sich das Recht vor, feindlichen Staatsangehörigen und anderen Ausländern zu untersagen, innerhalb des Bereichs seiner Rechtshoheit eine Tätigkeit nach den Bestimmungen dieses Artikels oder in anderer Weise auszuüben, wenn er deren Anwesenheit als eine Gefahr für die öffentliche Ordnung oder die nationale Sicherheit ansieht.

b) Zur Erlangung des oben erwähnten Erlaubnisscheines muß der Bewerber sich von dem Lande, in dem die Fabrikanten, Kaufleute und Gewerbetreibenden, die er vertritt, ansässig sind, einen Ausweis als Handelsreisender verschaffen. Dieser Ausweis, der von der zuständigen Behörde des betreffenden Landes ausgestellt sein muß, soll von dem Konsul des Landes visiert werden, in welchem der Bewerber sich zu betätigen gedenkt, und die Behörden des letzteren sollen auf Vorlegung eines solchen Ausweises dem Bewerber den für das ganze Land geltenden Erlaubnisschein, wie in Absatz a) vorgesehen, ausstellen.

c) Ein Handelsreisender darf seine Muster verkaufen, ohne eine besondere Erlaubnis zu Einfuhrgeschäften zu besitzen.

d) Muster ohne Handelswert sollen zollfrei zur Einfuhr zugelassen werden.

Muster, die so bezeichnet, gestempelt oder zugerichtet sind, daß sie für andere Zwecke unbrauchbar sind, sollen als Gegenstände ohne Handelswert gelten.

e) Muster mit Handelswert sollen vorläufig zugelassen werden gegen Gestellung einer Sicherheit für

such corporations or associations, such nationals shall be subjected to no conditions less favorable than those which have been or may hereafter be imposed upon the nationals of the most favored nation. The rigths of any such corporations or associations as may be organized or controlled or participated in by the nationals of either High Contracting Party within the territories of the other to exercise any of their functions therein, shall be governed by the laws and regulations, national, state or provincial, which are in force or may hereafter be established within the territories of the Party wherein they propose to engage in business. The foregoing stipulations do not apply to the organization of and participation in political associations.

The nationals of either High Contracting Party shall, moreover, enjoy within the territories of the other, reciprocally and upon compliance with the conditions there imposed, such rights and privileges as have been or may hereafter be accorded the nationals of any other State with respect to the mining of coal, phosphate, oil, oil shale, gas and sodium on the public domain of the other.

Article XIV.

(*a*) Manufacturers, merchants, and traders domiciled within the jurisdiction of one of the High Contracting Parties may operate as commercial travelers either personally or by means of agents or employees within the jurisdiction of the other High Contracting Party on obtaining from the latter, upon payment of a single fee, a license which shall be valid throughout its entire territorial jurisdiction.

In case either of the High Contracting Parties shall be engaged in war, it reserves to itself the right to prevent from operating within its jurisdiction under the provisions of this article, or otherwise, enemy nationals or other aliens whose presence it may consider prejudicial to public order and national safety.

(*b*) In order to secure the license above mentioned the applicant must obtain from the country of domicile of the manufacturers, merchants and traders represented a certificate attesting his character as a commercial traveler. This certificate, which shall be issued by the authority to be designated in each country for the purpose, shall be viséed by the consul of the country in which the applicant proposes to operate, and the authorities of the latter shall, upon the presentation of such certificate, issue to the applicant the national license as provided in Section (*a*).

(*c*) A commercial traveler may sell his samples without obtaining a special license as an importer.

(*d*) Samples without commercial value shall be admitted to entry free of duty.

Samples marked, stamped or defaced in such manner that they cannot be put to other uses shall be considered as objects without commercial value.

(*e*) Samples having commercial value shall be provisionally admitted upon giving bond for the

die Zahlung des gesetzlichen Zolles auf den Fall, daß sie nicht innerhalb eines Zeitraumes von sechs (6) Monaten aus dem Lande zurückgezogen werden.

Auf den Teil der Muster, der nicht auf diese Weise zurückgezogen wird, muß Zoll gezahlt werden.

f) Alle Zollförmlichkeiten sollen möglichst vereinfacht werden, um Verzögerung in der Versendung der Muster zu vermeiden.

g) Hausierer und andere Händler, die ihre Waren unmittelbar dem Verbraucher feilbieten, sollen auch dann nicht als Handelsreisende gelten, wenn sie in dem Lande, in dem sie sich betätigen, keine gewerbliche Niederlassung haben. Sie unterliegen vielmehr den Gewerbeabgaben, die von Geschäften der Art, die sie betreiben, erhoben werden.

h) Ein Erlaubnisschein soll nicht verlangt werden von:

1. Personen, die nur reisen, um den Handel und seine Bedürfnisse zu studieren, selbst wenn sie geschäftliche Beziehungen anknüpfen, vorausgesetzt, daß sie keine Warenverkäufe vornehmen.
2. Personen, die sich durch solche örtlichen Vertretungen betätigen, welche die für ihr Geschäft vorgesehenen Gewerbegebühren oder sonstigen Abgaben bezahlen.
3. Personen, die ausschließlich Einkäufer sind.

i) Werden künftig durch Gesetz oder Vertrag oder Übereinkommen seitens eines Vertragsteiles irgendwelche Vergünstigungen gewährt, welche die Bestimmungen dieses Artikels betreffen, so sollen sie unmittelbar auch auf den anderen Teil Anwendung finden.

Artikel XV.

a) Verordnungen über die Erneuerung und Übertragung der nach den Bestimmungen des Artikels XIV ausgestellten Erlaubnisscheine und die Auferlegung von Geldbußen und anderen Strafen für den Mißbrauch von Erlaubnisscheinen können, wenn ratsam, von jedem Vertragsteil im Rahmen der Bedingungen des Artikels XIV und ohne Beeinträchtigung der darin bezeichneten Rechte erlassen werden.

Wenn solche Verordnungen die Erneuerung von Erlaubnisscheinen gestatten, so soll die Gebühr für die Erneuerung nicht höher sein als die für den ursprünglichen Schein erhobene Gebühr.

Gestatten solche Verordnungen die Übertragung von Erlaubnisscheinen und wird hinreichend dargetan, daß der Übernehmer in jeder Beziehung wirklich der Nachfolger des ursprünglichen Erlaubnisscheininhabers und in der Lage ist, einen Personalausweis entsprechend dem des ursprünglichen Inhabers beizubringen, so soll dem Übernehmer gestattet werden, sich bis zum Eingang des neuen Personalausweises bereits als Handelsreisender zu betätigen; die für die Muster gestellte Sicherheit soll aber erst freigegeben werden, wenn dieser Ausweis eingegangen ist.

b) Für die Ausfertigung eines Personalausweises ist die Staatsangehörigkeit der Firma, die der Handelsreisende vertritt, maßgebend, nicht seine eigene.

Die Vertragsteile kommen dahin überein, ihre örtlichen Zollbeamten oder sonstige geeignete Behörden zu ermächtigen, die genannten Erlaubnisscheine nach Übergabe eines Personalausweises und einer beglaubigten Musterliste in Vertretung der zur Erteilung und Kon-

payment of lawful duties if they shall not have been withdrawn from the country within a period of six (6) months.

Duties shall be paid on such portion of the samples as shall not have been so withdrawn.

(*f*) All customs formalities shall be simplified as much as possible with a view to avoid delay in the despatch of samples.

(*g*) Peddlers and other salesmen who vend directly to the consumer, even though they have not an established place of business in the country in which they operate, shall not be considered as commercial travelers, but shall be subject to the license fees levied on business of the kind which they carry on.

(*h*) No license shall be required of:

(1) Persons traveling only to study trade and its needs, even though they initiate commercial relations, provided they do not make sales of merchandise.

(2) Persons operating through local agencies which pay the license fee or other imposts to which their business is subject.

(3) Travelers who are exclusively buyers.

(*i*) Any concessions affecting any of the provisions of the present Article that may hereafter be granted by either High Contracting Party, either by law or by treaty or convention, shall immediately be extended to the other Party.

Article XV.

(a) Regulations governing the renewal and transfer of licenses issued under the provisions of Article XIV, and the imposition of fines and other penalties for any misuse of licenses may be made by either of the High Contracting Parties whenever advisable within the terms of Article XIV and without prejudice to the rights defined therein.

If such regulations permit the renewal of licenses, the fee for renewal will not be greater than that charged for the original license.

If such regulations permit the transfer of licenses, upon satisfactory proof that transferee or assignee is in every sense the true successor of the original licensee, and that he can furnish a certificate of identification similar to that furnished by the original licensee, he will be allowed to operate as a commercial traveler pending the arrival of the new certificate of identification, but the cancellation of the bond for the samples shall not be effected before the arrival of the said certificate.

(b) It is the citizenship of the firm that the commercial traveler represents, and not his own, that governs the issuance to him of a certificate of identification.

The High Contracting Parties agree to empower the local customs officials or other competent authorities to issue the said licenses upon surrender of the certificate of identification and authenticated list of samples, acting as deputies of the central

trolle von Erlaubnisscheinen befugten Zentralbehörde auszustellen. Die genannten Beamten oder Behörden sollen sofort der Zentralbehörde entsprechende Nachweisungen zugehen lassen. Der Erlaubnisscheininhaber muß der Zentralbehörde rechtzeitig Mitteilung machen, wenn er später beabsichtigt, die Erneuerung oder Übertragung seines Erlaubnisscheines (soweit solche gestattet ist) oder die Freigabe der geleisteten Sicherheit bei seiner Ausreise aus dem Lande zu beantragen. Als angemessene Frist für die Eingabe an die Zentralbehörde soll die Zeit gelten, die zum Schriftwechsel bei regelrechtem Postverkehr nötig ist zuzüglich fünf Geschäftstagen für die amtliche Nachprüfung und Eintragung.

c) Es versteht sich, daß der Reisende keine anderen Waren als die in seinem Geschäftsbereich liegenden verkauft; er darf seine Muster verkaufen und übernimmt damit die Verpflichtung, den darauf stehenden Zoll zu entrichten, aber er darf keine anderen Waren verkaufen, die er etwa mitgebracht hat oder die ihm etwa zugesandt werden, wenn sie nicht vernünftigerweise und offenbar dem Geschäftszweig zugerechnet werden können, den er zu vertreten angibt.

d) Reklamematerial, das in angemessenen Mengen von den Handelsreisenden mitgebracht wird, soll als Muster ohne Handelswert behandelt werden. Gegenstände, die wegen ihrer Anpassung an Reklamezwecke einen verminderten Handelswert besitzen und die umsonst verteilt werden sollen, sind, soweit sie in angemessenen Mengen eingeführt werden, ebenfalls als Muster ohne Handelswert zu behandeln. Es versteht sich jedoch, daß diese Vorschrift den Zollgesetzen des betreffenden Landes nachsteht. Muster, die der Handelsreisende bei sich führt, sollen als Teil seines persönlichen Gepäcks befördert werden, solche, die nach ihm eintreffen, sollen vor gewöhnlichen Frachtgütern den Vorrang haben.

e) Wenn der ursprüngliche Erlaubnisschein für eine längere Frist als sechs Monate ausgestellt worden ist, oder wenn der Erlaubnisschein erneuert wird, so wird auch die für die Muster zu leistende Sicherheit dementsprechend verlängert. Es versteht sich jedoch, daß diese Vorschrift den Zollgesetzen des betreffenden Landes nachsteht.

Artikel XVI.

Für Personen und Waren, die aus den Gebieten des einen Vertragsteiles kommen oder durch diese Gebiete gehen, soll völlige Durchfuhrfreiheit durch die Gebiete einschließlich der Gewässer des anderen Vertragsteiles gelten, und zwar auf den für den internationalen Durchgangsverkehr geeignetsten Straßen, auf der Eisenbahn, auf Schiffahrtsstraßen und Kanälen, jedoch mit Ausnahme des Panama-Kanals und derjenigen Wasserstraßen und Kanäle, die internationale Grenzen der Vereinigten Staaten bilden. Von dieser Berechtigung ausgeschlossen sind Personen, denen das Betreten der Gebiete des anderen Vertragsteils verboten ist und Waren, deren Einfuhr gesetzlich verboten ist. Im Durchgangsverkehr brauchen Personen und Waren keinen Durchfuhrzoll zu bezahlen und sollen keinen unnötigen Verzögerungen und Beschränkungen unterworfen werden. Sie sollen hinsichtlich der Abgaben und Verkehrsmittel und in allen anderen Beziehungen wie Angehörige des eigenen Landes behandelt werden.

office constituted for the issuance and regulation of licenses. The said officials shall immediately transmit the appropriate documentation to the central office, to which the licensee shall thereafter give due notice of his intention to ask for the renewal or transfer of his license, if these acts be allowable, or cancellation of his bond, upon his departure from the country. Due notice in this connection will be regarded as the time required for the exchange of correspondence in the normal mail schedules, plus five business days for purposes of official verification and registration.

(c) It is understood that the traveler will not engage in the sale of other articles than those embraced by his lines of business; he may sell his samples, thus incurring an obligation to pay the customs duties thereupon, but he may not sell other articles brought with him or sent to him, which are not reasonably and clearly representative of the kind of business he purports to represent.

(*d*) Advertising matter brought by commercial travelers in appropriate quantities shall be treated as samples without commercial value. Objects having a depreciative commercial value because of adaptation for purposes of advertisement, and intended for gratuitous distribution shall, when introduced in reasonable quantities, also be treated as samples without commercial value. It is understood, however, that this prescription shall be subject to the customs laws of the respective countries. Samples accompanying the commercial traveler will be despatched as a portion of his personal baggage; and those arriving after him will be given precedence over ordinary freight.

(*e*) If the original license was issued for a period longer than six months, or if the license be renewed, the bond for the samples will be correspondingly extended. It is understood, however, that this prescription shall be subject to the customs laws of the respective countries.

Article XVI.

There shall be complete freedom of transit through the territories including territorial waters of each High Contracting Party on the routes most convenient for international transit, by rail, navigable waterway, and canal, other than the Panama Canal and waterways and canals which constitute international boundaries of the United States, to persons and goods coming from or going through the territories of the other High Contracting Party, except such persons as may be forbidden admission into its territories or goods of which the importation may be prohibited by law. Persons and goods in transit shall not be subjected to any transit duty, or to any unnecessary delays or restrictions, and shall be given national treatment as regards charges, facilities, and all other matters.

Durchgangsgüter müssen auf dem zuständigen Zollamt eingetragen werden, sind aber von allen Zöllen und anderen ähnlichen Abgaben befreit.

Alle Kosten für die Durchgangsbeförderung sollen unter Berücksichtigung der Verkehrslage in angemessenen Grenzen gehalten werden.

Artikel XVII.

Die beiden Vertragsteile kommen dahin überein, gegenseitig Konsularbeamte in denjenigen ihrer Häfen, Plätze und Städte zuzulassen, die sich dazu eignen und die konsularischen Vertretern anderer fremder Mächte offenstehen.

Die Konsularbeamten der beiden Vertragsteile sollen nach ihrem Dienstantritt wechselseitig in den Gebieten des anderen Teiles alle Rechte, Vergünstigungen, Vorrechte und Freiheiten genießen, die die Beamten desselben Ranges der meistbegünstigten Nation genießen. Als amtliche Vertreter haben diese Beamten ein Anrecht auf achtungsvolle Behandlung seitens aller Staats- und Kommunalbehörden, mit denen sie in dem Staat, in dem sie zugelassen sind, amtlichen Verkehr haben.

Die Regierung eines Vertragsteils soll den Konsularbeamten des anderen Teiles, wenn sie eine von dem Staatsoberhaupt des ernennenden Staates unterzeichnete und mit dem großen Staatssiegel versehene Bestallungsurkunde vorlegen, gebührenfrei das erforderliche Exequatur erteilen; einem nachgeordneten oder stellvertretenden Konsularbeamten, der von einem zugelassenen höheren Konsularbeamten mit Genehmigung seiner Regierung oder von irgendeinem anderen befugten Beamten dieser Regierung ernannt ist, soll sie diejenigen Urkunden ausstellen, die nach den Gesetzen des betreffenden Landes zur Ausübung des Konsulardienstes durch den Ernannten erforderlich sind.

Nach Vorlegung eines Exequaturs oder — wenn es sich um einen nachgeordneten Beamten handelt — nach Vorlegung einer statt dessen ausgestellten anderen Urkunde darf dieser Konsularbeamte seinen Dienst antreten und die durch diesen Vertrag gewährten Rechte, Vergünstigungen und Befreiungen genießen.

Artikel XVIII.

Konsularbeamte, die Staatsangehörige des sie ernennenden Staates sind, dürfen nicht in Haft genommen werden, außer wenn sie solcher Verfehlungen beschuldigt sind, welche das Landesgesetz als Verbrechen zur Unterscheidung von Vergehen und Übertretungen bezeichnet und durch welche sich die der Tat schuldige Person strafbar macht. Solche Beamten sind von militärischer Einquartierung und von jedem Heeres- oder Flotten-, Verwaltungs- oder Polizeidienst jeglicher Art befreit.

In Strafsachen kann die Anwesenheit eines Konsularbeamten als Zeuge in der Verhandlung von der Anklage oder Verteidigung verlangt werden. Das Verlangen soll mit jeder erdenklichen Rücksicht auf die konsularische Würde und die Pflichten des Dienstes gestellt werden, und der Konsularbeamte soll der Vorladung Folge leisten. In Zivilsachen unterstehen Konsularbeamte der Gerichtsbarkeit des Staates, in dem sie zugelassen sind, jedoch mit der Maßgabe, daß, wenn der Beamte ein Staatsangehöriger des ihn ernennenden Staates ist und keine Erwerbstätigkeit privater

Goods in transit must be entered at the proper customhouse, but they shall be exempt from all customs or other similar duties.

All charges imposed on transport in transit shall be reasonable, having regard to the conditions of the traffic.

Article XVII.

Each of the High Contracting Parties agrees to receive from the other consular officers in those of its ports, places and cities, where it may be convenient and which are open to consular representatives of any foreign country.

Consular officers of each of the High Contracting Parties shall, after entering upon their duties, enjoy reciprocally in the territories of the other all the rights, privileges, exemptions and immunities which are enjoyed by officers of the same grade of the most favored nation. As official agents, such officers shall be entitled to the high consideration of all officials, national or local, with whom they have official intercourse in the state which receives them.

The Government of each of the High Contracting Parties shall furnish free of charge the necessary exequatur of such consular officers of the other as present a regular commission signed by the chief executive of the appointing state and under its great seal; and it shall issue to a subordinate or substitute consular officer duly appointed by an accepted superior consular officer with the approbation of his Government, or by any other competent officer of that Government, such documents as according to the laws of the respective countries shall be requisite for the exercise by the appointee of the consular function.

On the exhibition of an exequatur, or other document issued in lieu thereof to such subordinate, such consular officer shall be permitted to enter upon his duties and to enjoy the rights, privileges and immunities granted by this treaty.

Article XVIII.

Consular officers, nationals of the state by which they are appointed, shall be exempt from arrest except when charged with the commission of offenses locally designated as crimes other than misdemeanours and subjecting the individual guilty thereof to punishment. Such officers shall be exempt from military billetings, and from service of any military or naval, administrative or police character whatsoever.

In criminal cases the attendance at the trial by a consular officer as a witness may be demanded by the prosecution or defense. The demand shall be made with all possible regard for the consular dignity and the duties of the office; and there shall be compliance on the part of the consular officer.

Consular officer shall be subject to the jurisdiction of the courts in the state which receives them in civil cases, subject to the proviso, however, than when the officer is a national of the state

Art ausübt, sein Zeugnis mündlich oder schriftlich in seiner Wohnung oder in seinem Amtszimmer unter gebührender Berücksichtigung seiner Wünsche eingeholt werden soll. Der Beamte sollte jedoch, soweit es sich irgend mit seinen amtlichen Pflichten in Einklang bringen läßt, freiwillig bei der Gerichtsverhandlung als Zeuge erscheinen.

Artikel XIX.

Konsularbeamte, einschließlich der Angestellten eines Konsulates, die Angehörige des sie ernennenden Staates sind und in dem Staate, in dem sie ihren Dienst verrichten, keine Erwerbstätigkeit privater Art ausüben, sind von allen Reichs-, Staats- und Kommunalsteuern auf ihre Person und auf ihr Eigentum befreit. Diese Befreiung gilt jedoch nicht für Steuern auf Besitz oder Eigentum an unbeweglichem Vermögen, das innerhalb des Gebietes des Staates liegt, in dem die Beamten ihren Dienst verrichten, und für Steuern auf Einkünfte aus Vermögen irgendwelcher Art, das innerhalb des Gebietes des erwähnten Staates liegt oder dahin gehört. Alle Konsularbeamten und Angestellten, die Angehörige des sie ernennenden Staates sind, sind von der Bezahlung von Steuern auf das Gehalt, die Sporteln und den Lohn, die sie als Entgelt für ihre Dienste beim Konsulat empfangen, befreit.

Grundstücke und Gebäude, die in dem Gebiete eines Vertragsteiles liegen und im Eigentum des anderen Teiles stehen und von ihm ausschließlich zu Regierungszwecken benutzt werden, sind von jeglicher Art von Steuern, seien es Reichs-, Landes- oder Kommunalsteuern, befreit, jedoch nicht von Beiträgen für Dienstleistungen und öffentliche Anlagen, die diesen Grundstücken und Gebäuden zugute kommen.

Artikel XX.

Konsularbeamte dürfen über der Eingangstür zu ihren Amtsräumen das Wappen ihres Staates mit einer angemessenen Inschrift anbringen, die den amtlichen Charakter der Amtsräume bezeichnet. Diese Beamten dürfen die Flagge ihres Landes auf ihren Amtsgebäuden hissen, auch in den Hauptstädten beider Länder. Sie dürfen diese Flagge ebenfalls auf jedem Schiff oder Fahrzeug hissen, das bei der Ausübung des konsularischen Dienstes benutzt wird.

Die Konsulatsräume und Archive sollen allzeit unverletzlich sein; sie sollen keinesfalls dem Eindringen von Behörden irgendwelcher Art in dem Lande, in dem die Diensträume liegen, ausgesetzt sein. Auch dürfen die Behörden unter keinerlei Vorwand eine Durchsicht oder Beschlagnahme von Schriftstücken oder sonstigem in einem Konsulat bewahrten Besitztum vornehmen. Konsulate dürfen nicht als Freistatt dienen. Von keinem Konsularbeamten darf verlangt werden, daß er dienstliche Aktenstücke vor Gericht vorlegt oder über ihren Inhalt aussagt.

Im Falle des Todes, der Dienstunfähigkeit oder Abwesenheit eines Konsularbeamten, dem kein nachgeordneter Konsularbeamter beigegeben war, dürfen Sekretäre oder Kanzleibeamte, wenn ihr amtlicher Charakter zuvor der Regierung des Staates, in dem die konsularische Tätigkeit ausgeübt wurde, mitgeteilt worden ist, vorübergehend die konsularischen Obliegenheiten des verstorbenen, dienstunfähigen oder abwesenden Kon-

which appoints him and is engaged in no private occupation for gain, his testimony shall be taken orally or in writing at his residence or office and with due regard for his convenience. The officer should, however, voluntarily give his testimony at the trial whenever it is possible to do so without serious interference with his official duties.

Article XIX.

Consular officers, including employees in a consulate, nationals of the State by which they are appointed other than those engaged in private occupations for gain within the State where they exercise their functions shall be exempt from all taxes, National, State, Provincial and Municipal, levied upon their persons or upon their property, except taxes levied on account of the possession or ownership of immovable property situated in, or income derived from property of any kind situated or belonging within the territories of the State within which they exercise their functions. All consular officers and employees, nationals of the State appointing them shall be exempt from the payment of taxes on the salary, fees or wages received by them in compensation for their consular services.

Lands and buildings situated in the territories of either High Contracting Party, of which the other High Contracting Party is the legal or equitable owner and which are used exclusively for governmentel purposes by that owner, shall be exempt from taxation of every kind, National, State, Provincial and Municipal, other than assessments levied for services or local public improvements by which the premises are benefited.

Article XX.

Consular officers may place over the outer door of their respective offices the arms of their State with an appropriate inscription designating the official office. Such officers may also hoist the flag of their country on their office including those situated in the capitals of the two countries. They may likewise hoist such flag over any boat or vessel employed in the exercise of the consular function.

The consular offices and archives shall at all times be inviolable. They shall under no circumstances be subjected to invasion by any authorities of any character within the country where such offices are located. Nor shall the authorities under any pretext make any examination or seizure of papers or other property deposited within a consular office. Consular offices shall not be used as places of asylum. No consular officer shall be required to produce official archives in court or testify as to their contents.

Upon the death, incapacity, or absence of a consular officer having no subordinate consular officer at his post, secretaries or chancellors, whose official character may have previously been made known to the government of the State where the consular function was exercised, may temporarily exercise the consular function of the deceased or incapacited or absent consular officer; and while so acting

sularbeamten versehen. Sie genießen während dieser ihrer Tätigkeit alle Rechte, Vorrechte und Befreiungen des Amtsinhabers.

Artikel XXI.

Konsularbeamte, die Staatsangehörige des sie ernennenden Staates sind, dürfen innerhalb ihres Konsularbezirks die Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden anrufen, um ihre Landsleute im Genuß der durch Staatsvertrag oder sonst begründeten Rechte zu schützen. Sie dürfen im Falle einer Verletzung dieser Rechte Beschwerde erheben. Wenn die zuständigen Behörden keine Abhilfe schaffen oder keinen Schutz gewähren, so ist der Weg diplomatischen Vorgehens gegeben; falls ein diplomatischer Vertreter nicht vorhanden ist, kann ein Generalkonsul oder der Konsularbeamte, der in der Hauptstadt seinen Amtssitz hat, sich unmittelbar an die Landesregierung wenden.

Artikel XXII.

Konsularbeamte können, soweit es den Gesetzen ihres eigenen Landes entspricht, an jedem geeigneten Orte ihres Amtsbezirks die Aussagen der Schiffsinsassen von Schiffen ihres eigenen Landes oder von Angehörigen ihres Landes oder von Personen, die dort ihren ständigen Wohnsitz haben, zu Protokoll nehmen. Solche Beamte können einseitige Rechtsakte, Eigentumsübertragungen und letztwillige Verfügungen ihrer Landsleute aufsetzen, bescheinigen, beglaubigen und legalisieren, ebenso Verträge, bei denen ein Landsmann Partei ist. Sie können Schriftstücke jeder Art aufsetzen, bescheinigen, beglaubigen und legalisieren, die die Abtretung oder Belastung von Eigentum irgendwelcher Art innerhalb des Gebietes desjenigen Staates, durch den solche Beamte ernannt sind, zum Ausdruck bringen oder zum Inhalt haben, ferner einseitige Rechtsakte, Eigentumsübertragungen, letztwillige Verfügungen und Verträge, die sich auf Eigentum innerhalb der Gebiete des Staates, von dem sie ernannt sind, oder auf Geschäfte, die dort abgeschlossen werden sollen, beziehen, einschließlich einseitiger Rechtsakte, Eigentumsübertragungen, letztwilliger Verfügungen oder Übereinkommen, die nur von Angehörigen des Staates vorgenommen sind, in dem solche Beamte ihre Amtsgeschäfte ausüben.

Urkunden und Dokumente, die so vollzogen worden sind, und Abschriften und Übersetzungen davon sollen, wenn sie von dem Konsularbeamten ordnungsmäßig unter seinem Amtssiegel legalisiert sind, in den Gebieten der Vertragsteile als Beweismittel zugelassen werden, und zwar als Originalurkunden oder als legalisierte Abschriften, je nach Lage des Falles, und sie sollen dieselbe Kraft und Wirkung haben, als wenn sie von einem in dem Lande, durch das der Konsularbeamte ernannt wurde, hierzu befugten Notar oder anderen öffentlichen Beamten aufgesetzt und vor ihm vollzogen wären, immer vorausgesetzt, daß solche Urkunden in Übereinstimmung mit den Gesetzen und Verordnungen des Landes aufgesetzt und vollzogen worden sind, wo sie in Wirksamkeit zu treten bestimmt sind.

Artikel XXIII.

Ein Konsularbeamter hat die ausschließliche Gerichtsbarkeit in Streitigkeiten, die sich aus dem inneren Dienstbetrieb an Bord von Privatschiffen seines Landes

shall enjoy all the rights, prerogatives and immunities granted to the incumbent.

Article XXI.

Consular officers, national of the State by which they are appointed, may, within their respective consular districts, address the authorities, National State, Provincial or Municipal, for the purpose of protecting their countrymen in the enjoyment of their rights accruing by treaty or otherwise. Complaint may be made for the infraction of those rights. Failure upon the part of the proper authorities to grant redress or to accord protection may justify interposition through the diplomatic channel, and in the absence of a diplomatic representative, a consul general or the consular officer stationed at the capital may apply directly to the government of the country.

Article XXII.

Consular officers may, in pursuance of the laws of their own country, take, at any appropriate place within their respective districts, the depositions of any occupants of vessels of their own country, or of any national of, or of any person having permanent residence within the territories of, their own country. Such officers may draw up, attest, certify and authenticate unilateral acts, deeds, and testamentary dispositions of their countrymen, and also contracts to which a countryman is a party. They may draw up, attest, certify and authenticate written instruments of any kind purporting to express or embody the conveyance or encumbrance of property of any kind within the territory of the State by which such officers are appointed, and unilateral acts, deeds, testamentary dispositions and contracts relating to property situated, or business to be transacted within, the territories of the State by which they are appointed, embracing unilateral acts, deeds, testamentary dispositions or agreements executed solely by nationals of the State within which such officers exercise their functions.

Instruments and documents thus executed and copies and translations thereof, when duly authenticated under his official seal by the consular officer shall be received as evidence in the territories of the contracting parties as original documntes or authenticated copies, as the case may be, and shall have the same force and effect as if drawn by and executed before a notary or other public officer duly authorized in the country by which the consular officer was appointed; provided, always that such documents shall have been drawn and executed in conformity to the laws and regulations of the country where they are designed to take effect.

Article XXIII.

A consular officer shall have exclusive jurisdiction over controversies arising out of the internal order of private vessels of his country, and

ergeben; in Streitfällen, die sich zwischen Offizieren und Mannschaften solcher Schiffe — gleichgültig wo — ergeben und sich auf die Erzwingung der Disziplin an Bord beziehen, hat er gleichfalls allein die Gerichtsbarkeit. Vorausgesetzt ist in diesen Fällen, daß das Schiff und die eines begangenen Unrechts beschuldigten Personen in einen Hafen eingelaufen sind, der in seinem Konsularbezirk liegt. Ein solcher Beamter übt auch die Gerichtsbarkeit aus in Streitfragen betreffend die Regelung von Löhnen und die Innehaltung von darauf bezüglichen Verträgen, vorausgesetzt, daß die am Orte geltenden Gesetze es gestatten.

Wenn an Bord eines Privatschiffes unter der Flagge des Staates, von welchem der Konsularbeamte ernannt ist, innerhalb der Hoheitsgewässer des Staates, bei welchem er beglaubigt ist, eine Tat begangen wird, die nach den Gesetzen dieses Staates eine strafbare Handlung darstellt, die die schuldige Person einer gerichtlichen Bestrafung aussetzt, so kann der Konsularbeamte Gerichtsbarkeit nur insoweit ausüben, als er dazu nach dem am Orte geltenden Rechte berechtigt ist.

Ein Konsularbeamter kann ohne weiteres die Hilfe der örtlichen Polizeibehörde in jeder Angelegenheit anrufen, die sich auf die Aufrechterhaltung der Ordnung an Bord eines Schiffes unter der Flagge seines Landes innerhalb der Hoheitsgewässer des Staates bezieht, bei dem er beglaubigt ist. Auf ein entsprechendes Ersuchen hin soll der erforderliche Beistand gewährt werden.

Ein Konsularbeamter kann mit den Offizieren und Mannschaften von Schiffen der Flagge seines Landes vor den Gerichtsbehörden des Staates erscheinen, bei dem er beglaubigt ist, um als Dolmetscher oder Beistand Hilfe zu leisten.

shall alone exercise jurisdiction in cases, wherever arising, between officers and crews, pertaining to the enforcement of discipline on board, provided the vessel and the persons charged with wrongdoing shall have entered a port within his consular district. Such an officer shall also have jurisdiction over issues concerning the adjustment of wages and the execution of contracts relating thereto provided the local laws so permit.

When an act committed on board of a private vessel under the flag of the State by which the consular officer has been appointed and within the territorial waters of the State to which he has been appointed constitutes a crime according to the laws of that State, subjecting the person guilty thereof to punishment as a criminal, the consular officer shall not exercise jurisdiction except in so far as he is permitted to do so by the local law.

A consular officer may freely invoke the assistance of the local police authorities in any matter pertaining to the maintenance of internal order on board of a vessel under the flag of his country within the territorial waters of the State to which he is appointed, and upon such a request the requisite assistance shall be given.

A consular officer may appear with the officers and crews of vessels under the flag of his country before the judicial authorities of the State to which he is appointed to render assistance as an interpreter or agent.

Artikel XXIV.

Falls ein Staatsangehöriger eines Vertragsteiles im Gebiete des anderen sterben sollte, ohne in dem Lande seines Ablebens bekannte Erben oder von ihm ernannte Testamentsvollstrecker zu hinterlassen, sollen die zuständigen örtlichen Behörden sofort den nächsten Konsularbeamten des Staates, dessen Staatsangehöriger der Verstorbene war, von der Tatsache seines Ablebens in Kenntnis setzen, damit die erforderliche Benachrichtigung den beteiligten Parteien übermittelt werde.

Falls ein Staatsangehöriger eines Vertragsteils ohne letzten Willen oder Testament im Gebiete des anderen Vertragsteils stirbt, soll der Konsularbeamte des Staates, dessen Angehöriger der Verstorbene war, und des Konsularbezirks, in dem der Verstorbene zur Zeit seines Ablebens seinen Wohnsitz hatte, soweit es das am Orte geltende Recht erlaubt, bis zur Ernennung eines Nachlaßverwalters oder bis zur Einleitung des Nachlaßverfahrens als berufen gelten, das von dem Verstorbenen hinterlassene Vermögen zu dessen Erhaltung und Schutz in Verwahrung zu nehmen. Ein solcher Konsularbeamter kann nach dem Ermessen eines Gerichts oder einer anderen für die Verwaltung von Nachlässen zuständigen Behörde seine Ernennung zum Nachlaßverwalter beanspruchen, vorausgesetzt, daß die Gesetze des Ortes, wo der Nachlaß verwaltet wird, es gestatten.

Wenn ein Konsularbeamter das Amt als Verwalter des Nachlasses eines verstorbenen Landsmannes übernimmt, so unterwirft er sich insoweit für alle in Be-

Article XXIV.

In case of the death of a national of either High Contracting Party in the territory of the other without having in the territory of his decease any known heirs or testamentary executors by him appointed, the competent local authorities shall at once inform the nearest consular officer of the State of which the deceased was a national of the fact of his death, in order that necessary information may be forwarded to the parties interested.

In case of the death of a national of either of the High Contracting Parties without will or testament, in the territory of the other High Contracting Party, the consular officer of the State of which the deceased was a national and within whose district the deceased made his home at the time of death, shall, so far as the laws of the country permit and pending the appointment of an administrator and until letters of administration have been granted, be deemed qualified to take charge of the property left by the decedent for the preservation and protection of the same. Such consular officer shall have the right to be appointed as administrator within the discretion of a tribunal or other agency controlling the administration of estates provided the laws of the place where the estate is administered so permit.

Whenever a consular officer accepts the office of administrator of the estate of a deceased countryman, he subjects himself as such to the jurisdiction

tracht kommenden Zwecke der Gerichtsbarkeit des Gerichts oder der Behörde, die die Ernennung vornimmt, in demselben Umfange, wie ein Angehöriger des Landes, in welchem er zum Nachlaßverwalter ernannt ist.

Artikel XXV.

Ein Konsularbeamter jedes Vertragsteils kann im Namen seiner nicht im Lande seiner Tätigkeit wohnenden Landsleute Quittung leisten für die Anteile, die ihnen aus in Abwicklung befindlichen Nachlässen oder nach den Bestimmungen der sogenannten Arbeiter-Entschädigungsgesetze oder ähnlicher Gesetze zufallen. Er soll alle so erhaltenen Gelder durch die zuständige Regierungsstelle seines Landes an die berechtigten Empfänger überweisen und der Behörde oder Stelle, die durch ihn die Verteilung vornimmt, diese Überweisung gebührend nachweisen.

Artikel XXVI.

Ein Konsularbeamter eines Vertragsteils hat das Recht, in den in seinem Konsularbezirk liegenden Häfen des anderen Teiles die Privatschiffe jeder Flagge zu untersuchen, die nach Häfen des Landes, das ihn ernannt hat, bestimmt oder im Begriff sind, dorthin auszulaufen, damit er in der Lage ist, die gesundheitlichen Zustände und Maßnahmen an Bord solcher Schiffe zu beobachten, danach Gesundheitspässe und andere nach den Gesetzen seines Landes erforderliche Papiere auszufertigen und seine Regierung zu unterrichten, inwieweit ihre gesundheitlichen Vorschriften von Schiffen, die nach ihren Häfen bestimmt sind, in den Abfahrthäfen beobachtet worden sind, damit auf diese Weise den Schiffen dort das Einlaufen erleichtert wird.

Artikel XXVII.

Jeder Vertragsteil gestattet, alle Möbel sowie alle Ausstattungs- und Bedarfsgegenstände, die für den amtlichen Gebrauch in den Konsulatsräumen des anderen Teils bestimmt sind, gänzlich zollfrei und ohne jegliche Untersuchung einzuführen. Er räumt den Konsularbeamten des anderen Teils, die dessen Staatsangehörige sind, sowie ihren Familien und ihrer Begleitung das Recht der zollfreien Einfuhr ihres Gepäcks und alles anderen persönlichen Eigentums ein, einerlei ob dieses Gepäck oder Eigentum von dem Konsularbeamten bei der Reise nach seinem Amtssitz mitgeführt oder zu irgendeiner Zeit während seiner Amtsdauer eingeführt wird, jedoch mit der Einschränkung, daß kein Gegenstand, dessen Einfuhr durch das Gesetz eines Vertragsteils verboten ist, in dessen Gebiet gebracht werden darf.

Es versteht sich jedoch, daß diese Vergünstigung denjenigen Konsularbeamten nicht zusteht, die in den Ländern, in denen sie beglaubigt sind, eine private Erwerbstätigkeit ausüben, es sei denn, daß es sich um Bedarfsgegenstände zu amtlichen Zwecken handelt.

Artikel XXVIII.

Erleidet ein Schiff eines Vertragsteils an den Küsten des anderen Schiffbruch, so sollen alle mit der Bergung des Schiffes in Zusammenhang stehenden Handlungen von dem Konsularbeamten des Landes, dem das Schiff angehört, und des Konsularbezirks, in dem der Schiffbruch erfolgt ist, geleitet werden. Dieser Beamte soll sofort von dem Vorgang unterrichtet wer-

of the tribunal or other agency making the appointment for all necessary purposes to the same extent as a national of the country where he was appointed.

Article XXV.

A consular officer of either High Contracting Party may in behalf of his non-resident countrymen receipt for their distributive shares derived from estates in process of probate or accruing under the provision of so-called Workmen's Compensation Laws or other like statutes provided he remit any funds so received through the appropriate agencies of his Government to the proper distributees, and provided further that he furnish to the authority or agency making distribution through him reasonable evidence of such remission.

Article XXVI.

A consular officer of either High Contracting Party shall have the right to inspect within the ports of the other High Contracting Party within his consular district, the private vessels of any flag destined or about to clear for ports of the country appointing him in order to observe the sanitary conditions and measures taken on board such vessels, and to be enabled thereby to execute intelligently bills of health and other documents required by the laws of his country, and to inform his Government concerning the extent to which its sanitary regulations have been observed at ports of departure by vessels destined to its ports, with a view to facilitating entry of such vessels therein.

Article XXVII.

Each of the High Contracting parties agrees to permit the entry free of all duty and without examination of any kind, of all furniture, equipment and supplies intended for official use in the consular offices of the other, and to extend to such consular officers of the other and their families and suites as are its nationals, the privilege of entry free of duty of their baggage and all other personal property, whether accompanying the officer to his post or imported at any time during his encumbency thereof; provided, nevertheless, that no article, the importation of which is prohibited by the law of either of the High Contracting Parties, may be brought into its territories.

It is understood, however, that this privilege shall not be extended to consular officers who are engaged in any private occupation for gain in the countries to which they are accredited, save with respect to governmental supplies.

Article XXVIII.

All proceedings relative to the salvage of vessels of either High Contracting Party wrecked upon the coasts of the other shall be directed by the consular officer of the country to which the vessel belongs and within whose district the wreck may have occurred. Pending the arrival of such officer, who shall be immediately informed

den. Bis zu seiner Ankunft sollen die Ortsbehörden alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz von Personen und zur Erhaltung des schiffbrüchigen Gutes ergreifen. Die Ortsbehörden sollen nur so weit eingreifen, als zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zum Schutz der Interessen der Berger, wenn diese nicht zu der schiffbrüchigen Schiffsmannschaft gehören, sowie für die Durchführung der für die Einbringung und die Ausfuhr der geborgenen Waren getroffenen Maßnahmen nötig ist. Es versteht sich, daß diese Waren keinen Zollabgaben unterliegen, es sei denn, daß sie zum Verbrauch in dem Lande bestimmt sind, wo der Schiffbruch erfolgt ist.

Die Tätigkeit der Ortsbehörden in diesen verschiedenen Fällen soll keine Kosten irgendwelcher Art veranlassen, außer denen, die etwa durch die Bergungsarbeiten und die Erhaltung der geborgenen Güter verursacht werden, sowie denen, die unter ähnlichen Umständen auch einheimischen Schiffen erwachsen würden.

Artikel XXIX.

Vorbehaltlich der im vorstehenden genannten oder künftig noch zu vereinbarenden Beschränkungen oder Ausnahmen gelten als Gebiete der Vertragsparteien, auf welche die Bestimmungen dieses Vertrages Anwendung finden sollen, alle diejenigen Land- und Wasserflächen sowie diejenigen Lufträume, über welche diese Vertragsteile souveräne Gewalt beanspruchen und ausüben, ausgenommen die Panamakanalzone; für Angelegenheiten, die mit der Zollverwaltung in Zusammenhang stehen, ist unter den Gebieten Deutschlands das deutsche Zollgebiet zu verstehen.

Artikel XXX.

Nichts in diesem Vertrag soll im Sinne irgendeiner Einschränkung oder Kürzung derjenigen Rechte, Vergünstigungen und Vorteile ausgelegt werden, die Deutschland oder seinen Staatsangehörigen oder den Vereinigten Staaten oder ihren Staatsangehörigen durch den am 25. August 1921 zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Vertrag zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen gewährt worden sind.

Artikel XXXI.

Der gegenwärtige Vertrag soll für einen Zeitraum von zehn Jahren in voller Kraft bleiben, beginnend mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden. An diesem Tage soll er in allen seinen Bestimmungen in Gültigkeit treten.

Wenn innerhalb eines Jahres vor Ablauf des genannten Zeitraumes von zehn Jahren keiner der beiden Vertragsteile dem anderen die Absicht kundtut, irgendwelche Bestimmungen irgendeines Artikels dieses Vertrages zu ändern oder auszuscheiden oder den Vertrag mit Ablauf des genannten Zeitraums endigen zu lassen, so soll der Vertrag nach dem genannten Zeitraum in voller Kraft und Gültigkeit bleiben, und zwar bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Zeitpunkt, an welchem ein Vertragsteil dem anderen die Absicht kundtut, den Vertrag abzuändern oder endigen zu lassen.

Artikel XXXII.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden darüber sollen so bald wie möglich in Washington ausgetauscht werden.

of the occurrence, the local authorities shall take all necessary measures for the protection of persons and the preservation of wrecked property. The local authorities shall not otherwise interfere than for the maintenance of order, the protection of the interests of the salvors, if these do not belong to the crews that have been wrecked, and to carry into effect the arrangements made for the entry and exportation of the merchandise saved. It is understood that such merchandise is not to be subjected to any customhouse charges, unless it be intended for consumption in the country where the wreck may have taken place.

The intervention of the local authorities in these different cases shall occasion no expense of any kind, except such as may be caused by the operations of salvage and the preservation of the goods saved, together with such as would be incurred under similar circumstances by vessels of the nation.

Article XXIX.

Subject to any limitation or exception hereinabove set forth, or hereafter to be agreed upon, the territories of the High Contracting Parties to which the provisions of this Treaty extend shall be understood to comprise all areas of land, water, and air over which the Parties respectively claim and exercise dominion as sovereign thereof, except the Panama Canal Zone; for purposes connected with customs administration the territory of Germany shall be deemed to be co-terminus with the area included within the German customs lines.

Article XXX.

Nothing in the present Treaty shall be construed to limit or restrict in any way the rights, privileges and advantages accorded to Germany or its nationals or to the United States or its nationals, by the Treaty between Germany and the United States restoring friendly relations, concluded on August 25, 1921.

Article XXXI.

The present Treaty shall remain in full force for the term of ten years from the date of the exchange of ratifications, on which date it shall begin to take effect in all of its provisions.

If within one year before the expiration of the aforesaid period of ten years neither High Contracting Party notifies to the other an intention of modifying by change or omission, any of the provisions of any of the articles in this Treaty or of terminating it upon the expiration of the aforesaid period, the Treaty shall remain in full force and effect after the aforesaid period and until one year from such a time as either of the High Contracting Parties shall have notified to the other an intention of modifying or terminating the Treaty.

Article XXXII.

The present Treaty shall be ratified, and the ratifications thereof shall be exchanged at Washington as soon as possible.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den Vertrag unterzeichnet und hierunter ihre Siegel gesetzt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und englischer Sprache zu Washington am 8. Dezember 1923.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same and have affixed their seals hereto.

Done in duplicate, in the German and English languages, at the City of Washington, this 8th day of December, 1923

(L. S.) **Dr. Otto Wiedfeldt.**

(L. S.) **Charles Evans Hughes.**

Notenwechsel.

Department of State.

Washington, March 19, 1925.

Excellency:

Referring to the Treaty of Friendship, Commerce and Consular Rights signed by the United States and Germany on December 8, 1923, I beg to inform you that the Senate on February 10, 1925, gave its advice and consent to the ratification of the said Treaty in a resolution as follows:

" Resolved (Two-thirds of the Senators present concurring therein), That the Senate advise and consent to the ratification of Executive D, 68th Congress, 1st session, a treaty of friendship, commerce and consular rights between the United States and Germany, signed at Washington on December 8, 1923, subject to the following reservations and understandings to be set forth in an exchange of notes between the high contracting parties so as to make it plain that this condition is understood and accepted by each of them:

" First, that there shall be added to Article I of said treaty the following:

' Nothing herein contained shall be construed to affect existing statutes of either country in relation to the immigration of aliens or the right of either country to enact such statutes. '

" Second, that the fifth paragraph of Article VII and Articles IX and XI shall remain in force for twelve months from the date of exchange of ratification, and if not then terminated on ninety days previous notice shall remain in force until Congress shall enact legislation inconsistent therewith, when the same shall automatically lapse at the end of sixty days from such enactment, and on such lapse each high contracting party shall enjoy all the rights which it would have possessed had such paragraph or articles not been embraced in the treaty. "

Übersetzung

Department of State.

Washington, den 19. März 1925.

Euerer Exzellenz

beehre ich mich unter Bezugnahme auf den am 8. Dezember 1923 von den Vereinigten Staaten und Deutschland unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag davon in Kenntnis zu setzen, daß der Senat am 10. Februar 1925 in der folgenden Resolution die Ratifikation des genannten Vertrages empfohlen und genehmigt hat:

»Mit den Stimmen von zwei Dritteln der anwesenden Senatoren wird hiermit beschlossen:

Daß der Senat die Ratifikation des unter Executive D, 68th Congress, 1st session vorgelegten, am 8. Dezember 1923 in Washington unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland empfiehlt und genehmigt, jedoch unter folgenden Vorbehalten und Voraussetzungen, die in einem Notenaustausch zwischen den beiden Vertragsteilen in einer Form zum Ausdruck kommen sollen, aus der hervorgeht, daß diese Bedingung von beiden verstanden und angenommen wird, nämlich:

Erstens: zu Artikel I des genannten Vertrages wird der folgende Zusatz gemacht: »Keine Bestimmung dieses Artikels soll so ausgelegt werden, als ob dadurch bestehende Gesetze der beiden Länder, die sich auf die Einwanderung von fremden Staatsangehörigen beziehen, oder das Recht der beiden Länder, solche Gesetze zu erlassen, berührt würden.«

Zweitens: Artikel VII Abschnitt 5, Artikel IX und Artikel XI sollen zwölf Monate vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an gerechnet in Kraft bleiben. Falls sie alsdann nicht nach vorheriger, innerhalb einer Frist von neunzig Tagen auszusprechender Kündigung außer Kraft gesetzt werden, sollen sie in Kraft bleiben, bis der Kongreß gesetzgeberische Maßnahmen getroffen hat, die mit ihnen nicht vereinbar sind, in welchem Falle sie automatisch nach Ablauf von sechzig Tagen nach dem Erlaß solcher Maßnahmen erlöschen sollen, und im Falle solchen Erlöschens sollen beide Vertragsteile alle Rechte genießen, die sie besessen hätten, wenn der genannte Abschnitt oder die genannten Artikel nicht im Vertrage enthalten gewesen wären.«

It will be observed that by this resolution the advice and consent of the Senate to the ratification of the Treaty are given subject to certain reservations and understandings.

I shall be glad if when bringing the foregoing to the attention of your Government you will inform it that it is the hope of this Government that your Government will find acceptable the reservations and understandings which the Senate has made a condition of its advice and consent to the ratification of the Treaty. You may regard this note as sufficient acceptance by the Government of the United States of these reservations and understandings. An acknowledgment of this note on the occasion of the exchange of ratifications accepting, by direction and on behalf of your Government, the said reservations and understandings, will be considered as completing the required exchange of notes and the acceptance by both Governments of the reservations and understandings.

Accept, Excellency, the renewed assurance of my highest consideration.

Frank B. Kellogg.

His Excellency
Baron *Ago von Maltzan*,
Ambassador of Germany.

Wie ersichtlich, wird durch diese Resolution die Zustimmung des Senats zu der Ratifikation des Vertrags unter gewissen Vorbehalten und Voraussetzungen erteilt.

Ich würde es dankbar begrüßen, wenn Sie Ihre Regierung von dem Vorstehenden in Kenntnis setzen und dabei darauf hinweisen wollten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Hoffnung hegt, die Deutsche Regierung werde die Vorbehalte und Voraussetzungen, die der Senat bei seiner Empfehlung und Genehmigung der Ratifikation des Vertrages zur Bedingung gemacht hat, annehmbar finden. Ich bitte die vorliegende Note so aufzufassen, daß durch sie die Annahme der genannten Vorbehalte und Voraussetzungen von seiten der Regierung der Vereinigten Staaten in ausreichender Form zum Ausdruck kommt. Der erforderliche Notenaustausch und die Annahme der Vorbehalte und Voraussetzungen durch beide Regierungen wird als vollzogen gelten, wenn bei Gelegenheit des Austausches der Ratifikationsurkunden der Empfang der vorliegenden Note bestätigt und dabei die genannten Vorbehalte und Voraussetzungen im Auftrage und im Namen Ihrer Regierung angenommen werden.

Genehmigen Euere Exzellenz die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Frank B. Kellogg.

An Seine Exzellenz
Freiherrn Ago von Maltzan,
Botschafter des Deutschen Reiches.

Deutsche Botschaft.

Washington, D. C., den 21. Mai 1925.

Herr Staatssekretär,

Euerer Exzellenz beehre ich mich im Namen und Auftrag meiner Regierung den Empfang der Note vom 19. März d. J., betreffend den zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten am 8. Dezember 1923 unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag, zu bestätigen und folgendes mitzuteilen:

Die Deutsche Regierung hat von dem Beschluß des amerikanischen Senats vom 10. Februar 1925, der folgenden Wortlaut hat:

"Resolved (Two-thirds of the Senators present concurring therein), That the Senate advise and consent to the ratification of Executive D., 68th Congress, 1st session, a treaty of friendship, commerce and consular rights between the United States and Germany, signed at Washington on December 8, 1923, subject to the following reservations and understandings to be set forth in an exchange of notes between the high contracting parties so as to make it plain that this condition is understood and accepted by each of them:

"First, that there shall be added to Article I of said treaty the following: ‚Nothing herein contained shall be construed to affect existing statutes of either country in relation to the immigration of aliens or the right of either country to enact such statutes.'

"Second, that the fifth paragraph of Article VII and Articles IX and XI shall remain in force for twelve months from the date of exchange of ratification, and if not then terminated on ninety days previous notice shall remain in force until Congress shall enact legislation inconsistent therewith, when the same shall automatically lapse at the end of sixty days from such enactment, and on such lapse each high contracting party shall enjoy all the rights which it would have possessed had such paragraph or articles not been embraced in the treaty."

Kenntnis genommen. Trotz schwerer grundsätzlicher Bedenken gegen den sich auf die Schiffahrt beziehenden zweiten Vorbehalt des Senats hat sich die Deutsche Regierung im Interesse des Zustandekommens des Vertrages entschlossen, sich vorbehaltlich der Ratifikation mit dem Beschluß des Senats einverstanden zu erklären.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Euerer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

(gez.) **Maltzan.**

Seiner Exzellenz
dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten
Herrn *Frank B. Kellogg*,
Washington, D. C.

Bekanntmachung über die Ratifikation des Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten vom 3. November 1923 und des dazugehörenden Protokolls vom gleichen Tage.

Vom 10. August 1925.

Das am 3. November 1923 in Genf unterzeichnete Internationale Abkommen zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten sowie das dazugehörende Protokoll vom gleichen Tage (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 672) sind vom Deutschen Reiche ratifiziert worden. Die Ratifikationsurkunde ist am 1. August 1925 im Archive des Sekretariats des Völkerbundes in Genf niedergelegt worden. Nach Artikel 26 Abs. 1 des Abkommens erlangt es für das Deutsche Reich neunzig Tage nach der Niederlegung der deutschen Ratifikationsurkunde, also am 30. Oktober 1925, Gültigkeit.

Das Abkommen nebst dem Protokoll ist ferner bisher von folgenden Staaten ratifiziert worden:

von Dänemark am 17. Mai 1924,
von Italien am 13. Juni 1924,
vom Britischen Reiche einschließlich der Südafrikanischen Union und des Dominiums Neuseeland, jedoch ausschließlich des Dominiums Kanada, des Australischen Bundes mit den zugehörigen Gebieten, des Freistaats Irland, Indiens, der Insel Neufundland, der britischen Mandatsgebiete Irak und Nauru, ferner des Sudan, am 29. August 1924,
von Österreich am 11. September 1924,
von Belgien am 4. Oktober 1924,
vom Britischen Reiche für den Australischen Bund ausschließlich Neu-Guineas, der Insel Norfolk und des unter dem Mandate von Neu-Guinea stehenden Gebiets sowie für Indien am 13. März 1925,
von Ägypten am 23. März 1925,
von Siam am 19. Mai 1925,
von den Niederlanden (für das Königreich in Europa und die überseeischen Gebiete: Niederländisch-Indien, Surinam und Curaçao) am 30. Mai 1925.

Außerdem hat Persien am 8. Mai 1925 seinen Beitritt zu dem Abkommen nebst dem Protokoll erklärt.

Das Abkommen nebst dem Protokoll ist gemäß Artikel 26 Abs. 1 des Abkommens am 27. November 1924, dem neunzigsten Tage nach Eingang der fünften Ratifikation beim Generalsekretär des Völkerbundes, in Kraft getreten.

Berlin, den 10. August 1925.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
von Schubert

Bekanntmachung, betreffend die am 30. September 1921 in Genf unterzeichnete Internationale Übereinkunft zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels.

Vom 13. August 1925.

Die Internationale Übereinkunft zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels vom 30. September 1921 (Reichsgesetzbl. 1924 II S. 180) ist von Schweden mit Wirkung vom 9. Juni 1925 ratifiziert worden. Die Britische Regierung ist für den Irak mit Wirkung vom 15. Mai 1925 der Übereinkunft beigetreten.

Die Regierung des Irak hat sich dabei das Recht vorbehalten, die Altersgrenze niedriger festzusetzen, als dies durch Artikel 5 der Übereinkunft geschehen ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. Juli 1925 (Reichsgesetzbl. II S. 659).

Berlin, den 13. August 1925.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
von Schubert

Bekanntmachung zu der dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügten Liste. Vom 14. August 1925.

Die Angaben der Liste unter »Schweden« sind ergänzt und geändert worden.

Die Ergänzung und Änderung ist in Nr. 181 des Deutschen Reichsanzeigers und Preußischen Staatsanzeigers vom 5. August 1925 enthalten.

Berlin, den 14. August 1925.

Der Reichsverkehrsminister
Im Auftrag
Grunow

Bekanntmachung, betreffend das am 4. Mai 1910 in Paris unterzeichnete Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels. Vom 14. August 1925.

Das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels vom 4. Mai 1910 (Reichsgesetzbl. 1913 S. 31) ist von Schweden ratifiziert worden. Die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde ist am 30. Juni 1925 in Paris erfolgt.

Die im § 1 des Ausführungsgesetzes vom 14. August 1912 zu dem Übereinkommen (Reichsgesetzbl. 1913 S. 44) erwähnte Abrede ist auch für Schweden wirksam.

Die Britische Regierung ist für Irak dem Übereinkommen beigetreten. Die Mitteilung über den Beitritt ist am 8. Mai 1925 in Paris hinterlegt worden. Die Regierung von Irak hat sich das Recht vorbehalten, die Altersgrenze niedriger anzusetzen, als dies im Abschnitt B des Schlußprotokolls zum Übereinkommen geschehen ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. November 1924 (Reichsgesetzbl. II S. 425).

Berlin, den 14. August 1925.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
von Schubert

Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung.

Vom 17. August 1925.

Der durch das Gesetz vom 18. März 1904 (Reichsgesetzbl. S. 141) vorgesehene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen tritt ein für die vom 4. bis 13. September 1925 in Charlottenburg stattfindende Große Deutsche Funk-Ausstellung.

Berlin, den 17. August 1925.

Der Reichsminister der Justiz
Im Auftrag
Degg

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.